

Antrag

der Fraktion der CDU

Vorfahrt für Bildung – Berlin braucht endlich eine Lehrkräfteoffensive

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem anhaltenden Mangel an voll ausgebildeten Lehrkräften an den Berliner Schulen umgehend durch zielgerichtete Maßnahmen entgegenzuwirken und die Attraktivität des Berufsbildes durch eine wesentliche Verbesserung der Rahmenbedingungen deutlich zu steigern. Im Zuge einer umfassenden Personaloffensive sollen sowohl zusätzliche Bewerber für das reguläre Lehramtsstudium als auch bereits ausgebildete Fachkräfte für den Berliner Schuldienst gewonnen werden. Der Senat wird daher aufgefordert:

- umgehend die notwendigen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um den Berliner Lehrkräften die sofortige Verbeamtung anbieten und Funktionsstellen in der Verbeamtung halten zu können ohne eine Gerechtigkeitslücke für ältere Lehrer zu schaffen;
- alle Abordnungen von voll ausgebildeten Lehrkräften in nicht pädagogische Bereiche außerhalb des Schulbetriebes mit einer klaren Priorität für Pädagogen zuerst in die Schulen statt Verwaltungen zu prüfen;
- alle unbesetzten Schulleitungsstellen und Stellen der Stellvertreter zunächst umgehend kommissarisch mit geeigneten Bewerbern aus dem Berliner Schulbetrieb und/oder aus dem Bundesgebiet zu besetzen. Die Bewerbungsverfahren sind innerhalb eines Schulhalbjahres durchzuführen und abzuschließen. Innerhalb der ersten sechs Monate sind diese Leitungskräfte aufgaben- und funktionsadäquat zu entlohnen;
- eine Willkommensprämie in Höhe von 5.000 Euro an Lehrkräfte auszuzahlen, die sich für den Wechsel an eine Berliner Schule für mindestens fünf Jahre entscheiden und

- ihnen für zwei Jahre ein kostenfreies BVG-Ticket für den Tarifbereich ABC zur Verfügung zu stellen;
- den Einsatz von multiprofessionellen Teams (Hausmeister, Verwaltungsleiter, Sekretär, Sozialpädagogen, Schulpsychologen, Sozialarbeiter, Erzieher, IT-Experten) an allen Berliner Schulen sicherzustellen, um die dort tätigen Lehrer zu entlasten;
 - alle Teilzeitvereinbarungen, Beurlaubungen, Vorruhestandsregelungen etc. voll ausgebildeter Lehrkräfte im Dialog mit den Betroffenen mit dem Ziel zu prüfen, Vollzeitverträge zu erwirken;
 - einen Pool an Wohnheimplätzen aufzubauen und Stipendien in Höhe von 500 Euro monatlich an alle Lehramtsstudenten zu vergeben, die sich dazu verpflichten, im Anschluss an ihr Studium an einer Berliner Schule mindestens fünf Jahre zu unterrichten;
 - eine in Abstimmung mit den Hochschulen an den tatsächlichen Personalbedarf angepasste Studienplatzoffensive auf den Weg zu bringen und Beratungsangebote der Hochschulen auszubauen, um Studienabbrüchen vorzubeugen;
 - Zumessungsrichtlinien anzupassen, um künftig 110% an Lehrkräfteausstattung an allen Berliner Schulen zu generieren, somit soll Unterrichtsausfall vorgebeugt und eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung an Berliner Schulen ermöglicht werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 28. Februar 2022 ein Zeit-Maßnahmen-Plan für die Umsetzung vorzulegen.

Begründung

Der Schlüssel für Chancengerechtigkeit ist gute Bildung. Die Grundlage eines guten Bildungssystems wiederum sind ausreichend qualifizierte und motivierte Lehrkräfte. Berlin braucht endlich eine Personaloffensive, um im Wettbewerb um die besten Köpfe wieder bestehen zu können. Nur mit ausreichend ausgebildeten Lehrern lässt sich der Unterrichtsausfall an unseren Schulen reduzieren und die Qualität des Unterrichts entscheidend verbessern. Eine möglichst individuelle Förderung unserer Kinder setzt zudem kleinere Klassen voraus und erfordert zusätzliches Personal.

Mit der Abschaffung der Verbeamtung im Jahr 2004 hat sich das Land Berlin ins Abseits manövriert. Während alle anderen Bundesländer ihre Lehrkräfte (wieder) verbeamteten, geht Berlin noch immer einen Sonderweg. Jedes Jahr wandern zahlreiche ausgebildete Lehrer in andere Bundesländer ab. Sowohl im Schuljahr 2019/20 als auch 2020/21 haben mehr als 700 Lehrkräfte ihr Beschäftigungsverhältnis durch eine Kündigung oder einen Auflösungsvertrag beendet (Vgl. Drs. 18 27742). Das Personalproblem ist akut und darf nicht länger aufgeschoben werden. Es müssen unverzüglich die notwendigen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, um allen Berliner Lehrkräften die Verbeamtung anbieten zu können. Hierzu zählt auch die Einrichtung eines Pensionsfonds.

Die Wiederverbeamtung allein wird das Problem mangelnder Fachkräfte jedoch nicht lösen. Es sind daher auch auf anderen Ebenen Maßnahmen erforderlich. Insbesondere die Rahmenbedingungen an den Berliner Schulen müssen sich verbessern. Damit sich die Lehrkräfte in Zukunft wieder voll auf den Unterricht konzentrieren können, sollen sie an allen Schulen von multiprofessionellen Teams unterstützt und auf diese Weise entlastet werden. Rund ein Drittel aller Lehrer an den Schulen sind derzeit in Teilzeit beschäftigt. Allein im Schuljahr 2020/21 sind 1.417 Lehrkräfte von Voll- in Teilzeit gewechselt (Vgl. Drs. 18 27742). Diejenigen, die

sich in erster Linie aufgrund gesteigerter Belastungen im Schulalltag zur Reduktion ihrer Stunden entschlossen haben, ließen sich durch bessere Rahmenbedingungen aller Voraussicht nach für eine Vollzeitätigkeit zurückgewinnen.

Seit Jahren setzt das Land Berlin bei den Neueinstellungen von Lehrkräften in großem Umfang auf Quereinsteiger. Sie bringen zwar relevante Erfahrungen mit, brauchen im Schulalltag jedoch Anleitung und Unterstützung. Sie sollten daher weder als Klassenlehrer noch in den Fächern Mathematik und Deutsch der ersten Grundschulklassen oder in Leistungskursen zum Einsatz kommen. Anstatt die Attraktivität des regulären Lehramtsstudiums zu steigern, setzt der Senat weiterhin auf den Ausbau des Quereinstiegsmasters. Um Anreize für die Aufnahme des regulären Lehramtsstudiums zu schaffen und Studienabbrüchen vorzubeugen, sollten daher Stipendien an Lehramtsstudenten vergeben werden, wenn sie sich dazu verpflichten, im Anschluss an ihr Studium eine Tätigkeit an einer Berliner Schule aufzunehmen.

Berlin, 13. Dezember 2021

Wegner Melzer Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU